

Cannabisfreie Praxis !

Die Zulassung von Cannabis durch Bundestag und Bundesrat am 22.03.2024 als allgemein verkäufliches Produkt werden Veränderungen nach sich ziehen.

Freiverkäufliche Produkte können üblicherweise nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden, es gilt die sogenannte OTC Regelung. **Daher gehen wir davon aus , dass wir keine Rezepte mehr für Cannabisprodukte ausstellen dürfen. Nach unserem Ermessen handelt es sich nicht mehr um ein Betäubungsmittel.**

Laut Einschätzung des Bundesgesundheitsministerium ist Cannabis angeblich nicht gesundheitsgefährdend. Insofern könnten somit auch **Psychosen und Suchterkrankungen, die auf den Cannabis Konsum zurückzuführen sind, nicht mehr zu Lasten der Krankenversicherungen behandelt werden**



Die bisher im Rahmen der Jugend-Gesundheitsberatung durchgeführte **Suchtprävention** bezüglich Cannabisprodukten muss eigentlich nicht mehr durchgeführt werden, da es erfahrungsgemäß so gut wie keinen Erfolg hat, vor „gesetzlich erlaubten Drogen“ zu warnen. Der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) gefährdet mit diesem Gesetz nach Meinung vieler Ärzte die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nachhaltig.

Anstatt die Freigabe von Drogen gegen wissenschaftlichen Rat durchzupfeitschen, hätte man die **Suchtberatung** besser finanziell und personell ausstatten können. Dies jetzt im Nachhinein nach der Freigabe zu machen, ist absurd. Besser hätte man einfache Maßnahmen zur Bevölkerungsgesundheit umgesetzt, deren Beschluss seit Jahren immer nur verschoben wird. Den **Zuckergehalt in Lebensmitteln** und Getränken zu besteuern und somit zu beschränken, der maßgeblich zum Übergewicht und Erkrankung von Kindern, Jugendlichen und schließlich Erwachsenen beiträgt, ist längst überfällig. Auch der Verkauf von Coffein-Energy-Drinks an Jugendliche müsste seit langem unterbunden werden. Der hohe Anteil an Koffein führt bei Kindern und Jugendlichen zu Konzentrationsstörungen und Aggressivität. Zu Gunsten der Gewinne skrupelloser Lebensmittelkonzerne (und Steuereinnahmen!) wird dies seit Jahren blockiert. In diesen Punkten sind uns andere Länder weit voraus.

In den Niederlanden wird auf Grund der ausufernden Kriminalität durch Drogengebrauch mittlerweile über eine Verschärfung der Drogengesetze nachgedacht. In Deutschland wird Cannabis, das in zahlreichen Studien nachhaltig bewiesen hat, dass es Störungen in der Gehirnentwicklung auslösen kann und eine klassische Einstiegsdroge für Kokain, Ecstasy oder auch Heroin darstellt, als harmlos abgetan und frei verkäuflich.

Über die Hintergründe, warum Minister Karl Lauterbach dies macht, möchten wir nicht spekulieren. Offenbar wird aber mit hohen Steuereinnahmen gerechnet. Wir möchten nur unsere große Besorgnis vor den Handlungen des „**Gesundheitsminister**“, der nach Meinung vieler ein „**Krankheitsminister**“ ist, zum Ausdruck bringen.

Ihre Ärzteschaft